

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 12.09.2018
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:35 Uhr
Ort, Raum: Stadthalle, Konferenzraum 2, WittasträÙe 5, 36251
Bad Hersfeld

Anwesend:

Mitglieder

Frau Silvia Schoenemann
Herr Bernd Stumpf
Herr Gerhard Finke
Herr Dr. Thomas Handke
Herr Rolf Malachowski
Herr Jan-Ulrich Saal für Stadtverordneten Rey
Frau Ina Siemers
Frau Andrea Zietz

von der Stadtverordnetenversammlung

Herr Lothar Seitz
Herr Hans-Jürgen Schülbe
Herr Hartmut Ziehn
Herr Karsten Vollmar
Herr Bernd Wennemuth

vom Magistrat

Herr Gunter Grimm

Schriftführer/in

Frau Renate Schiller-Koblenz

von der Verwaltung

Frau Andrea Jung
Herr Joern Hinkel

Entschuldigt:

Mitglieder

Herr Michael Barth
Herr Andreas Rey
Herr Hartmut Sippel

Tagesordnung:

- 1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**
- 2. Ausgründung des Festspiel-Regiebetriebes in eine gemeinnützige GmbH (gGmbH)**
0296/19/4
- 3. Verschiedenes**

zu 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Ausschussvorsitzende Frau Schoenemann eröffnet die Sitzung. Sie begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, Herrn Ersten Stadtrat Grimm, Herrn Intendant Joern Hinkel, die kaufmännische Leiterin Frau Jung sowie die Vertreter der Presse und die Besucher.

Frau Schoenemann stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

zu 2 Ausgründung des Festspiel-Regiebetriebes in eine gemeinnützige GmbH (gGmbH) 0296/19/4

Ausschussvorsitzende Frau Schoenemann leitet das Thema ein, indem sie darauf hinweist, dass die Ausgründung des Festspiel-Regiebetriebes in eine gGmbH inzwischen seit zwei Jahren hinreichend diskutiert wurde. In einer eigens hierfür eingerichteten Kommission sind Vor- und Nachteile zusammengetragen, vorgestellt und bereits durch einen Steuerberater geprüft worden. Sie verweist zudem auf ein Schreiben des Ministerpräsidenten, Herrn Bouffier, der eine Ausgründung begrüßt und unterstützen will. Einen möglichen Beitritt des Landes zur Gesellschaft möchte Herr Bouffier allerdings auf einen späteren Zeitpunkt verschoben und dafür vielmehr einen oder mehrere Sitze im Aufsichtsrat für das Land Hessen bereitgestellt wissen.

Frau Schoenemann gibt zunächst das Wort weiter an die kaufmännische Leiterin der Festspiele, Frau Jung. Sie führt aus, dass eine gGmbH auf vielen Ebenen das operative Arbeiten erleichtern und eine bessere Planbarkeit und größere Flexibilität schaffen wird. Im Übrigen macht sie darauf aufmerksam, dass bereits viele andere Festspielorte in dieser Organisationsform arbeiten.

Frau Jung ruft in diesem Zusammenhang nochmals das Thema freiwillige Leistungen auf: Eine evtl. schlechte Entwicklung und eine damit einhergehende Reduzierung des städtischen Zuschusses führt nicht zu höheren Zuschüssen seitens von Bund und Land – das Gegenteil ist der Fall. Eine Bindung der Zuschussgeber durch deren

Beteiligung an einer gGmbH sind für den Erhalt der Zuschüsse von Bund und Land enorm wichtig.

Frau Jung bekräftigt, dass sie ein Mandat benötigt, um die Prozessausgründung beginnen zu lassen, z. B., was Beauftragungen und Gespräche über Beteiligungen von Bund und Land angeht. Sie versichert, dass sie – sollten sich während der vorbereitenden Arbeiten Situationen ergeben, die einer Ausgründung entgegenstehen – diesen Weg nicht mehr gehen wird.

Natürlich müssen nach ihrer Auffassung die Befugnisse einer gGmbH nochmals beleuchtet und formuliert werden.

Intendant Joern Hinkel ergänzt, dass das Arbeiten in der jetzigen Organisationsform schwieriger ist, weil z. B. Haushaltsjahr und Wirtschaftsjahr der Festspiele nicht identisch sind.

Herr Hinkel weist darauf hin, dass man mit der gGmbH in seiner früheren Wirkungsstätte in Worms bereits gute Erfahrungen gemacht hat. Er verdeutlicht, dass ihm eine Vertragsverlängerung in Bad Hersfeld über 2019 hinaus in einer gGmbH leichter fallen würde.

Erster Stadtrat Gunter Grimm unterstreicht die Ausführungen der kaufmännischen Leitung und der Intendanz.

Er verweist auf den vorliegenden geänderten Beschlussvorschlag, der Ergebnis guter Gespräche im Nachgang zur Ältestenratssitzung der vergangenen Woche ist.

Dieser Vorschlag garantiert eine Transparenz während des gesamten Prozesses einer Ausgründung und unterstützt zudem den Antrag der SPD-Fraktion, Intendant Joern Hinkel über das Jahr 2019 hinaus beschäftigen zu wollen. Er spricht sich für die CDU-Fraktion ebenso dafür aus, allerdings – um die Aussage des Intendanten aufzunehmen – müssen hierfür dann auch die Türen offen sein für eine gGmbH.

Frau Schoenemann liest anschließend den neuen Beschlussvorschlag vor:

„Es wird beschlossen, die Übertragung des Festspielbetriebes aus dem Regiebetrieb in eine gGmbH anhand des oben definierten Projektplanes zu veranlassen. Immanenter Bestandteil des Projektplanes ist:

a) die fachliche Beratung (Wirtschaftsprüfer/Steuerberater/Fachanwalt) zur konkreten Ausgestaltung der gGmbH; sofern sich in der fachlichen Bewertung ein neuer Sachverhalt durch bisher nicht berücksichtigte Risiken oder negative Faktoren ergibt, dann ist dieser Sachverhalt erneut zur Entscheidung vorzulegen.

b) die Einbindung der Gremien oder einer mit entsprechenden Befugnissen ausgestatteten Kommission hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung der Organe und Befugnisse der gGmbH (beispielsweise, aber nicht abschließend: Genehmigung Satzung, Zusammensetzung Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat, Entscheidungen über Vermögenswerte).

An dieser Gesellschaft sollen sich der Bund und das Land nach Möglichkeit beteiligen. Der Magistrat führt die Verhandlungen mit Bund und Land zu deren Beteiligung.“

Es folgt anschließend eine intensive Diskussion innerhalb des Gremiums, in deren Verlauf die Mitglieder der SPD-Fraktion und der Grünen/NBL-Fraktion weiterhin ihre Bedenken gegen die Ausgründung äußern; Die SPD befürchtet, dass die Festspiele komplett den Händen der Öffentlichkeit entzogen werden, Einflussmöglichkeiten und Transparenz gehen verloren, wenn plötzlich Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung anstatt Magistrat und parlamentarische Gremien Entscheidungen fällen dürfen. Hinsichtlich des städtischen Zuschusses bleibt hingegen alles beim Alten, denn ob man eine städtische Institution oder eine gGmbH mit Geld ausstattet, ist egal, weil es auf das Gleiche hinausläuft.

Zudem spiegelt der geänderte Beschlussvorschlag nach Ansicht von Frau Zietz nicht das wider, was in dem lockeren Gespräch nach der Ältestenratssitzung mit den Fraktionsspitzen besprochen wurde.

Die Mitglieder der SPD-Fraktion sowie Frau Zietz von der Fraktion Grüne/NBL zeigen sich enttäuscht und machen deutlich, dass der in der vergangenen Woche formulierte Kompromiss **vor** einer grundsätzlichen Entscheidung die Begutachtung durch einen Wirtschaftsprüfer vorgesehen hat. Außerdem sollte eine Kommission den Prozess der Ausgründung begleiten. Der jetzige Vorschlag allerdings beinhaltet nun aber - gerade umgekehrt -, dass diese beiden Instrumente dem Grundsatzbeschluss folgen sollen.

Somit ist die getroffene Vereinbarung entscheidend verändert worden und deswegen für die SPD und Grüne/NBL nicht tragbar.

Nach weiteren Diskussionsbeiträgen wird der geänderte Beschlussvorschlag mit 4 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen abgelehnt.

Beschluss:

Es wird beschlossen, die Übertragung des Festspielbetriebes aus dem Regiebetrieb in eine gGmbH anhand des oben definierten Projektplanes zu veranlassen. Immanenter Bestandteil des Projektplanes ist:

a) die fachliche Beratung (Wirtschaftsprüfer/Steuerberater/Fachanwalt) zur konkreten Ausgestaltung der gGmbH; sofern sich in der fachlichen Bewertung ein neuer Sachverhalt durch bisher nicht berücksichtigte Risiken oder negative Faktoren ergibt, dann ist dieser Sachverhalt erneut zur Entscheidung vorzulegen.

b) die Einbindung der Gremien oder einer mit entsprechenden Befugnissen ausgestatteten Kommission hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung der Organe und Befugnisse der gGmbH (beispielsweise, aber nicht abschließend: Genehmigung Satzung, Zusammensetzung Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat, Entscheidungen über Vermögenswerte).

An dieser Gesellschaft sollen sich der Bund und das Land nach Möglichkeit beteiligen. Der Magistrat führt die Verhandlungen mit Bund und Land zu deren Beteiligung.

abgelehnt

zu 3 Verschiedenes

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Ausschussvorsitzende Frau Schoenemann schließt die Sitzung um 18.35 Uhr.

gez. Silvia Schoenemann
Vorsitzender

gez. Renate Schiller-Koblenz
Protokollführer/in